

Kapitel 5: Zusammen leben



46. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
11. - 13. Juni 2021

Antragsteller*in: Yohana Rahel Hirschfeld (KV Hamburg-Altona)

Änderungsantrag zu PB.Z-01

Von Zeile 219 bis 236:

Jüdisches Leben in seiner Vielfalt ~~und seiner Selbstentfaltung~~ in Deutschland werden wir konsequent fördern und sichtbar machen. Wir unterstützen Projekte und Initiativen, die ~~jüdisches~~ sowohl jüdisch-säkulares als auch jüdisch-religiöses Leben, jüdische Kultur und jüdische Bildung stärken. Das jüdische Leben in Deutschland ist pluralistisch über die religiösen Denominationen hinaus. Deshalb ist es wichtig, vielfältige jüdische Projekte zu fördern. Wir wollen ~~politische~~ eine wissenschaftliche Institutionalisierung politischer und kultureller Bildungsangebote für alle Bürger*innen ~~zugänglich machen~~ erreichen, um Wissen über das jüdische Leben allgemein sowie Kontakte und Erfahrungen mit jüdischen Menschen und Einrichtungen in Deutschland zu vermitteln, ~~auch über schulische und universitäre Curricula.~~ Dafür müssen sich jüdische jüdische Menschen in Deutschland müssen sich sicher fühlen können. Die Sicherheit von Jüdinnen und Juden und ~~den~~ der Schutz jüdischer Einrichtungen und Gemeinden ~~müssen wir~~ muss umfassend ~~gewährleisten~~ gewährleistet werden. Es bedarf einer koordinierten Zusammenarbeit der Landesbeauftragten für Antisemitismusbekämpfung mit der*dem Beauftragten der Bundesregierung für jüdisches Leben in Deutschland und den Kampf gegen Antisemitismus. Antisemitische Anschläge in der Gegenwart, allen voran der Anschlag von Halle im Jahr 2019, erinnern uns daran, wie stark ~~der Antisemitismus noch immer~~ weiterhin die Unwissenheit über die Realität jüdischen Lebens als auch Judenfeindlichkeit und Judenhass in Deutschland verbreitet ~~ist~~ sind. Es ist unsere gemeinsame Verantwortung, Antisemitismus, ~~–~~ auch im Alltäglichen, Alltag – mit aller Entschlossenheit entgegenzutreten. Dafür braucht es bessere Analysekapazitäten und eine entschlossene Ahndung und Dokumentation antisemitischer Vorfälle. Antisemitische Narrative und verschwörungsideologische Erzählungen – auch im Zusammenhang mit Demonstrationen ~~gegen Corona-Maßnahmen von Pandemielegner*innen~~ – müssen ~~entlarvt werden.~~ Präventionsmaßnahmen an unterschiedlichsten Orten präventiv adressiert werden, dafür bedarf es konkreter Sensibilisierungsprojekte in Vereinen und sensibilisierende Aus-zivilgesellschaftlichen Organisationen. Verpflichtende Fortbildungen und Fortbildungen, allen voran der Schulungen von Mitarbeiter*innen von Sicherheits- und Strafverfolgungsbehörden sowie der Gerichte, wollen wir gezielt ausbauen, Länderinitiativen sollen auf Bundesebene koordiniert und gefördert werden. Antisemitismus soll auch abseits des Geschichtsunterrichts insbesondere bedarf es verpflichtender Schulungen zu jüdischer Praxis für Polizist*innen und Objektschützer*innen, die für den Schutz von Gottesdiensten und jüdischen Einrichtungen zuständig sind. Wir haben am Beispiel der Synagoge in Halle gesehen, dass die technischen Schutzvorrichtungen für jüdische Einrichtungen erhöht und regelmäßig qualitätsgesichert werden müssen, um tätlichen Angriffen standhalten zu können. Dafür muss eine Bundesleitstelle für die Evaluation und Verbesserung der Sicherheitsmaßnahmen an jüdischen Einrichtungen eingerichtet werden. Das Bundesinnenministerium muss in Zusammenarbeit mit den Lehrplänen verankert Innenministerien der Länder Leitlinien für einen effektiven Schutz jüdischer Einrichtungen entwickeln. Dabei müssen die jüdischen Gemeinden einbezogen werden. Wir wollen die soziale Absicherung der älteren jüdischen Generation in Deutschland stärken, meist

Holocaustüberlebende und ihre Nachkommen, insbesondere diejenigen, die nach der Schoa – wie die meisten Jüdinnen und Juden – aus Osteuropa und den Staaten der ehemaligen Sowjetunion nach Deutschland eingewandert sind. Trotz langer Erwerbszeiten leben insbesondere Jüdinnen und Juden aus der ehemaligen Sowjetunion seit ihrer Ankunft in Deutschland an der Armutsgrenze. Wir setzen uns ein für die Renten-Gleichstellung jüdischer "Kontingentgeflüchteter" mit eingewanderten Deutschen aus den Staaten der ehemaligen Sowjetunion.

weitere Antragsteller*innen

Lior Smith (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Peter Mordechai Zamory (KV Hamburg-Altona); René Gögge (KV Hamburg-Nord); Marcel Bulawa (KV Hamburg-Nord); Phyliss H. Demirel (KV Hamburg-Altona); Sina Aylin Demirhan (KV Hamburg-Eimsbüttel); Laura Sophie Dornheim (KV Berlin-Lichtenberg); Nemejusz Kasztelan (KV Berlin-Lichtenberg); Andrea Nakoinz (KV Berlin-Lichtenberg); Frederike Navarro (KV Berlin-Lichtenberg); Heiko Schaller (KV Berlin-Lichtenberg); Jakob Wilke (KV Berlin-Lichtenberg); Patrick Jöst (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Alexandra Heimerl (KV Berlin-Lichtenberg); Lukas Winkler (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Helena Serbent (KV Berlin-Lichtenberg); Nicole Khuon (KV Hamburg-Altona); Levi Penell (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Marlene Schönberger (KV Landshut-Land); Claudia Thiele (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Angela Kirschbaum (KV München); Nicolas Dombeck (KV Herne); Aaron Leonard Smith (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Michael Daxner (KV Potsdam); Michael Joukov-Schwelling (KV Ulm); Yusuf Uzundag (KV Hamburg-Altona); Valentin Burghard (KV Berlin-Lichtenberg); Mona Flaskamp (KV Berlin-Tempelhof/Schöneberg); Michael Gwosdz (KV Hamburg-Eimsbüttel); Deborah Düring (KV Frankfurt); Krista Sager (KV Hamburg-Mitte); Manfred Ertel (KV Hamburg-Mitte); Jakob Weißinger (KV Berlin-Lichtenberg); Katharina Fegebank (KV Hamburg-Nord); Ann-Katrin Knemeyer (KV Hamburg-Eimsbüttel); Jan Möbius (KV Berlin-Lichtenberg); Helga Trüpel (KV Bremen-Mitte); Aminata Touré (KV Neumünster); Jerzy Montag (KV München); Anna Tretter (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Hans-Christian Mrowietz (KV Berlin-Friedrichshain/Kreuzberg); Vera Becherer (KV Leipzig); Katharina Schulze (KV München); Jana Uffenkamp (KV Potsdam); Juni Schandl (KV Ortenau); Dislo Benjamin Harter (KV Ortenau); Sylvia Dorn (KV Ortenau); Leon Kuderer (KV Ortenau); Vanessa Carboni (KV Freiburg); Achim Jooß (KV Ortenau); Agnieszka Brugger (KV Ravensburg); Terry Reintke (KV Gelsenkirchen); Benjamin Harders (KV Hamburg-Altona); Mareike Engels (KV Hamburg-Altona); Dana Vornhagen (KV Hamburg-Altona); Gesa Riedewald (KV Hamburg-Altona); Editha Masberg (KV Hamburg-Altona); Marie Heymann (KV Hamburg-Altona); Johann Rusche (KV Hamburg-Altona); Gregor Franz (KV Ortenau); Anna Peters (KV Heidelberg); Michael Jöde (KV Hamburg-Altona); Holger Sülberg (KV Hamburg-Altona); Lars Boettger (KV Hamburg-Altona)